

Für das Leben und die Zukunft unserer Kinder!



© Depositphotos.com/yariev

Es lohnt sich, für die Zukunft unseres Volkes zu kämpfen. Allen, die in diesem Sinne mit uns verbunden sind, ein friedliches Weihnachtsfest und Gesundheit und Standhaftigkeit im neuen Jahr!

Ihre UN-Mitarbeiter

Das offene Wort

Ein »Pakt der Wölfe«

Wenn Sie diese UN-Ausgabe in der Hand halten, wird der unselige »Globale Migrationspakt« aller Voraussicht nach gegen alle Bedenken und Widerstände unterzeichnet worden sein.

Frau *Merkel*, eine Antreiberin der weltweiten Migrationsförderung, ohrfeigte bei den Haushaltsberatungen im Bundestag nicht nur alle deutschen Kritiker, sondern alle Staaten und Regierungen, die aus wohlüberlegten Gründen den Pakt ablehnen: **»Das ist purer Nationalismus!«**

So kanzelt sie u.a. folgende Staaten ab, die sich verweigern: Australien, Bulgarien, Israel, Österreich, Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, USA ...

Diese Frau *Merkel* spaltete schon mit ihrer Forderung nach einer Zwangsverteilung der »Flüchtlinge« die Einheit der europäischen Staaten.

Mit diesem »Pakt der Wölfe« (O-Ton aus israelischen Sicherheitskreisen) will sie selbst oder wollen hinter ihr stehende Mächte ihr Gesamtkonzept verwirklichen: Eine Weltordnung ohne Grenzen und Nationen, die Auflösung gewachsener Völker und Kulturen. Freie Fahrt für die totale Globalisierung! Der altbekannte »One-World«-Plan neu aufgetischt.

Der vergängliche Etappensieg der Völkerfeinde hat aber auch sein Gutes:

Der Widerstand der Menschen gegen ihre Vermassung wächst!

Ihre Sabine Möller

Noch ist Deutschland nicht verloren

Wer von uns hatte nicht schon das resignierende Gefühl: Was soll der politische Kampf? Es ändert sich doch nichts, es ist vergebens. Stehen nicht schon viel zu viele fremde Wiegen in diesem Land? Sind überhaupt noch genügend Hände vorhanden und sind sie stark genug, den Kampf gegen den Ungeist aufzunehmen? Hat nicht das Gift der links-grünen Marxisten in allen Parteien die Köpfe der meisten Menschen in diesem Land bereits so benebelt, daß eine »Heilung« ausgeschlossen erscheint?

Diese sich in ihr Schicksal ergebene Haltung wird von der Geschichte widerlegt.

Nicht nur das Jahr 1989 hat uns gezeigt, wie schnell politische Systeme und Machtstrukturen zusammenbrechen können. Auch im Jahr 2018 hat sich die politische Stimmung in diesem Land stärker verändert als es die Pessimisten zu hoffen wagten – oder unsere politischen Gegner es je für möglich hielten.

Damit sind nicht nur die Wahlerfolge der AfD und die Demonstrationen der Mutbürger von PEGIDA gemeint, sondern vor allem die Erkenntnis in weiten Teilen der Bevölkerung, daß die Herrschenden und die ihnen ergebene Systempresse die »schon-länger-hier-Lebenden« systematisch für dumm verkaufen.

Dies ist für die Leser der *Unabhängigen Nachrichten* keine Offenbarung. Für die meisten Menschen war es allerdings bisher unvorstellbar, daß Politiker und Staatsmedien an den Interessen Deutschlands vorbei – bzw. bewußt gegen diese – agieren würden. Das hat sich nachhaltig geändert – der Geist der Wahrheit, der wohlverschlossen jahrzehntelang in der Flasche wohn-

te, läßt sich nicht mehr in diese zurückdrängen. Das Mißtrauen gegenüber allen Worten und Taten der Mächtigen wächst von Tag zu Tag. Dies schlägt sich nicht immer an der Wahlurne nieder – ist aber auch für den Fortbestand unseres Volkes nicht der entscheidende Faktor.

Bei aller notwendigen tagespolitischen Aufklärung und dem »Zeigen klarer Kante« ist eine andere, oft nicht im Fokus stehende, Aufgabe abertausender Patrioten in ihrer Bedeutung gar nicht hoch genug einzuschätzen: Wir meinen die unter dem Begriff »Heimatspflege« zusammenzufassenden Aktivitäten. Das Weitergeben von deutschen Sitten, Werten und Gebräuchen sowie die Wissensvermittlung von historischen Vorgängen sind die Voraussetzung einer Gesundung unseres Volkes. Der Boden dafür ist so gut wie seit Jahrzehnten nicht mehr vorbereitet – nun gilt es an die Aussaat zu gehen.

Unabhängig davon gilt es, sich immer und immer wieder dem Ungeist entgegenzustellen. Nur so können wir sicherstellen, daß das Leben und die Zukunft unserer Kinder in einem freien und in der abendländischen Kultur verwurzelten Deutschland auch in Zukunft gesichert ist.

Dafür lohnt es sich zu streiten, aufzuklären und zu kämpfen!

ZUM NACHDENKEN:

»Denke immer daran, daß deine eigene Entschlossenheit zu siegen wichtiger ist als alles andere.«

Abraham Lincoln

Totalversagen der vierten Macht



n-tv-Nachrichten vom 8.11.2018 (Bildschirmausdruck aus der n-tv-Mediathek vom 14.11.2018)

Die bundesdeutschen Medien, die sich »Leitmedien« nennen, als »Vierte Macht im Staate« verstehen und das in einer funktionierenden Demokratie auch sein sollten, versagen auf ganzer Linie.

Zu den drei Säulen eines Rechtsstaates, Legislative, Exekutive und Justiz (also Gesetzgebung, ausführende Gewalt und Rechtsprechung) gehören als vierte Macht unabhängige Medien, die deren Handeln kritisch begleiten und Fehlentwicklungen öffentlich machen.

Die sogenannten »Leitmedien« in der Bundesrepublik Deutschland, also Medienkonzerne und öffentlich-rechtliches Fernsehen, erweisen sich stattdessen als Staatslautsprecher, die Unerwünschtes verschweigen, verdrehen oder mit billigen Totschlagparolen bekämpfen.

Selten wird das so deutlich wie beim Thema »Globaler Migrationspakt« und in der sogenannten »Flüchtlingskrise«, die keine Flüchtlingskrise, sondern ein totales Staatsversagen war und ist.

Ein Staat definiert sich aus Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatshoheit.

Das Staatsvolk wird durch Umvolkung abgeschafft, das Staats-

gebiet nicht mehr gegen Eindringlinge geschützt und die Staatshoheit wird an überstaatliche Bündnisse und Gesetzgeber übertragen.

All das wird von der »Vierten Macht« nicht kritisch hinterfragt, sondern in gleichgeschalteter Einstimmigkeit beklatscht und bejubelt. Ein bezeichnendes Beispiel lieferte der zum RTL-Konzern gehörende Sender n-tv (siehe Bild). Im Begleitartikel wird die Parole »Migration als Quelle des Wohlstandes« nicht hinterfragt. Der Migrationspakt sei für Deutschland kein Problem, »weil hier die neu zu beschließenden Grundsätze ohnehin längst gelten«.

Das »Recht auf freie Meinungsäußerung« sei in Deutschland sowieso grundgesetzlich garantiert, erklärte n-tv seinen Zuschauern.

In Wahrheit verpflichtet z.B. das Ziel 17 des Paktes die Unterzeichner genau zum Gegenteil!

- »Wir verpflichten uns [...] alle Formen der Diskriminierung zu beseitigen und Äußerungen, Handlungen und Ausprägungen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender

Glücklich die Völker, die heimatverbundene Politiker haben!

Der österreichische Bundeskanzler *Sebastian Kurz* zur Ablehnung des UNO-Migrations Paktes durch Österreich:

»Ich kann nicht sieben Jahre lang die Trennung zwischen der Suche nach Schutz und der Suche nach einem besseren Leben fordern und dann einem Pakt zustimmen, wo es genau diese Trennung nicht gibt.« Zudem gebe es »die Gefahr, daß die Ziele des Paktes in künftige Gerichtsurteile einfließen und somit unsere souveräne Migrationspolitik eingeschränkt wird«.

Der polnische Ministerpräsidenten *Mateusz Morawiecki*:

»Wir sind der Ansicht, daß unsere souveränen Prinzipien absolute Priorität haben [...] Damit wird sich Polen der ablehnenden Haltung der Vereinigten Staaten, Ungarns, Australiens und Österreichs anschließen.«

Die Präsidentin von Kroatien, *Kolinda Grabar-Kitarović*:

»Seien sie versichert, daß ich das Abkommen von Marrakesch nicht unterzeichnen werde«. Für sie sei klar, »daß die Besorgnis über die illegale Einwanderung und das Abkommen von Marrakesch absolut verständlich seien.«

Auch der tschechische Ministerpräsident *Andrej Babiš* lehnt den Migrationspakt ab: »Mir gefällt dieser Pakt nicht.« Er werde seinem Koalitionspartner, der sozialdemokratischen CSSD, vorschlagen, sich der Haltung Österreichs und Ungarns anzuschließen.

Intoleranz gegenüber allen Migranten zu verurteilen und zu bekämpfen.«

Mag man in Rassefragen zustimmen, was aber wird wohl als »Äußerung« im Sinne von »Fremdenfeindlichkeit« und »Intoleranz« verurteilt, bekämpft und demnächst bestraft werden?

- *»Wir werden Rechtsvorschriften erlassen, die Haßstraf-taten, die sich gegen Migranten richten, unter Strafe stellen, Strafverfolgungs- und andere Beamte darin schulen, solche Straftaten [...], die sich gegen Migranten richten, zu erkennen, zu verhindern und darauf zu reagieren [...].«*

Man mag sich nicht ausdenken, was demnächst als »Haßstraf-tat« verfolgt werden wird, wo heute schon die Warnungen vor »Umvolkung« und »Volksaustausch« als verfassungsfeindlich eingestuft werden (AfD-Redner sollen diese Worte meiden, um der Be-

drohung durch den Verfassungsschutz zu entgehen).

- *»Wir werden Migranten, Führungsverantwortliche aus Politik, Religion und Gesellschaft sowie Pädagogen und Dienstleister darin einbeziehen, Fälle von Intoleranz, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und anderen Formen der Diskriminierung von Migranten und Diasporage-meinschaften aufzudecken und zu verhüten und Aktivitäten in lokalen Gemeinschaften zur Förderung der gegenseitigen Achtung zu unterstützen, einschließlich im Rahmen von Wahlkampagnen.«*

Eine allumfassende »volkspädagogische Erziehung« also, für die viel Geld fließen wird. Der Höhepunkt am Ende: Der Staat verpflichtet sich, Wahlkampagnen zu unterstützen!? Was hat der Staat mit Wahlkampagnen zu tun, die ausschließlich Sache der unterschiedlichen Parteien sind?

91mal »Verpflichtung« und »verpflichten«

Einundneunzigmal finden sich die Worte »Verpflichtung« oder »verpflichten« in dem Pakt, davon 47mal »Wir verpflichten uns« und die Unterzeichner seien »verpflichtet«.

Aber die Politik und »Leitmedien« beten uns vor, der Pakt sei ja »völkerrechtlich nicht bindend«. Wozu hat man dann jahrelang getagt und in Vorbereitungskonferenzen vorbereitet?

Nur »Populisten« und »pure Nationalisten« könnten sich dem Pakt verweigern, tönte die Kanzlerin. An *Merkels* Wesen soll die Welt genesen?

Mit Schaudern werden die Regierungen und Bürger mancher unserer Nachbarstaaten diese Überheblichkeit zur Kenntnis nehmen. Sie dient weder dem Wohle unseres noch der anderen Völker!

»Förderung der Arbeitsmigration nach der Façon der im Weltwirtschaftsforum organisierten Großkonzerne, wie sie sich im UN-Migrationsabkommen niederschlägt, schadet sowohl den Arbeitnehmern in den Zielländern als auch den Herkunftsländern der Migranten. Nutznießer sind die Unternehmen und Kapitalbesitzer in den Industrieländern. Linke Parteien, die so etwas mittragen, sind dem Untergang geweiht und haben ihn verdient.«

*Dr. Norbert Häring,
Volkswirt und Wirtschafts-journalist beim Handelsblatt*

»Ethnische Identität« – heute verfassungsfeindlich?

Am 20.6.1996 faßte der Deutsche Bundestag mit Zustimmung der großen Mehrheit die folgende EntschlieÙung (Drucksache 13/4445, hier ein Auszug aus dem Bundestagsprotokoll):

»Der Deutsche Bundestag, im Hinblick darauf, daß Tibet sich in der gesamten Geschichte eine eigene ethnische, kulturelle und religiöse Identität bewahrt hat [...], verurteilt die Politik der chinesischen Behörden, die im Ergebnis gerade auch in Bezug auf Tibet zur Zerstörung der Identität führt, insbesondere mittels Ansiedlung und Zuwanderung von Chinesen in großer Zahl [...] und der Unterstellung des Landes unter eine chinesisch kontrollierte Administration.«

Was vor 22 Jahren verurteilt wurde, ist heute Plan und Programm aller Bundestagsparteien außer der AfD, eine »geregelt und organisierte« Massenmigration nach Europa und insbesondere Deutschland zu fördern, die zur Gefährdung unserer Identität führt!

... EIN PAKT DER ZERSTÖRUNG!

Die angeblichen »Hetzjagden« in Chemnitz: **Die »Fake News« des Jahres!**

Das Kartell der Meinungszensoren in Politik und Medien beklagt die Fülle der »Fake News«, mit denen die öffentliche Meinung negativ beeinflusst wird. Dabei hat die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland selbst die größte »Fake News« des Jahres verbreitet!

Ein Video sorgte für weltweite Empörung, welches eine angebliche »Hetzjagd« auf Ausländer belegen sollte.

Die Bundeskanzlerin und ihr Regierungssprecher *Seibert* erklärten vor Millionen Zuschauern und Zuhörern ihre Abscheu und beteuerten, solche »Hetzjagden auf Menschen anderen Aussehens« werde man nicht hinnehmen.

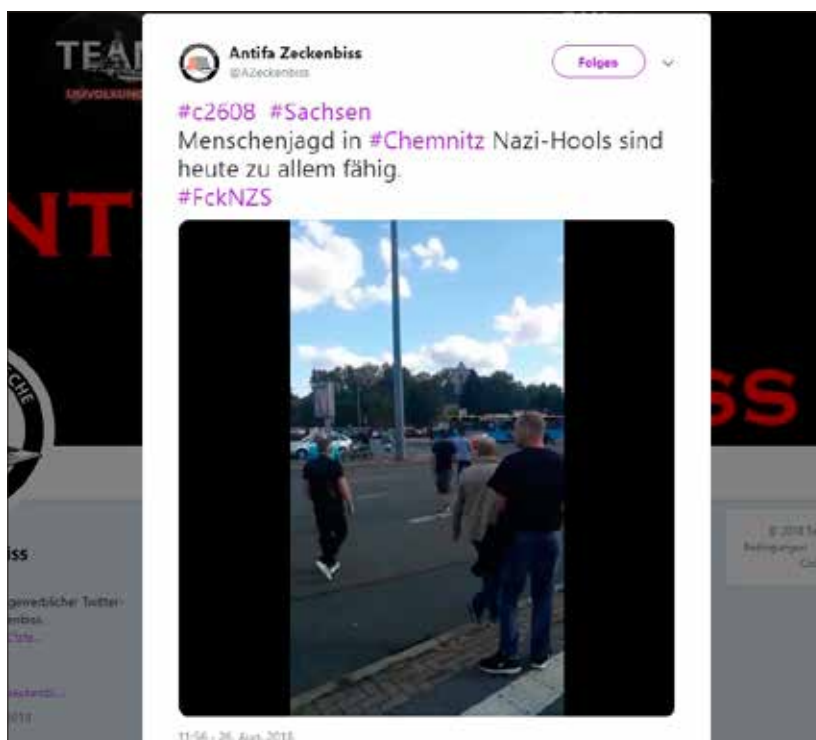
Mit diesen regierungsamtlichen Bestätigungen eines Tatbestandes, den es nie gegeben hat, hat die Bundeskanzlerin dem Ansehen Deutschlands in der Welt schwer geschadet.

»Es gab keinen Mob, keine Hetzjagd und keine Pogrome.«

Sachsens Ministerpräsident *Michael Kretschmer* (CDU) in seiner Regierungserklärung zu den Vorgängen in Chemnitz

Der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, *Hans-Georg Maaßen*, der für solche Hetzjagden ebenfalls keine Beweise sah und *Merkel* damit widersprach, wurde überhastet abgeschossen.

Wir veröffentlichen hier seine Abschiedsrede auf einer Tagung führender internationaler Geheimdienstler, die er am 20.10.2018 in Warschau auf englisch gehalten haben soll:



»Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte mich heute aus diesem Kreis nach über sechsjähriger Zugehörigkeit von Ihnen verabschieden. Manche Abschiede sind geplant, z. B. wenn der Arbeitsvertrag befristet oder wenn eine bestimmte Altersgrenze erreicht ist, wie bei unserem Freund Rob, andere Abschiede sind nicht geplant und etwas überraschend, wie bei mir.

Die Vorsitzenden der drei Parteien, die die Bundesregierung in Deutschland bilden, Frau Merkel, CDU, Herr Seehofer, CSU, und Frau Nahles, SPD, hatten am 23. September beschlossen, daß ich als Präsident des Bundesverfassungsschutzes abgelöst werden soll. Damit ist eine Regierungskrise in Deutschland beendet worden. Die SPD hatte mit einem Bruch der Koalition gedroht, wenn ich weiter im Amt bleiben würde.

Hintergrund der Regierungskrise war die Tatsache, daß ich am 7. September gegenüber der größten deutschen Tageszeitung „Bild-Zeitung“ die Richtigkeit der von Medien und Politikern verbreiteten Berichte über rechtsextremistische „Hetzjagden“ bzw. Pogrome in Chemnitz in Zweifel gezogen hatte. Am 26. August 2018 war ein Deutscher von Asylbewerbern in Chemnitz getötet worden. Am gleichen Tage gab es Demonstrationen in Chemnitz gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung von normalen Bürgern, aber auch von Rechtsextremisten. Dabei kam es auch vereinzelt zu Straftaten. Am folgenden Tag und an den darauffolgenden Tagen stand nicht das Tötungsdelikt im politischen und medialen Interesse, sondern rechtsextremistische Hetzjagden gegen Ausländer. Diese „Hetzjagden“ hatten nach Erkenntnissen der lokalen Polizei, der Staatsanwaltschaft, der Lokalpresse, des Ministerpräsidenten

Manche Lügen haben kurze Beine

»Wir haben Videoaufnahmen darüber, daß es Hetzjagden gab, daß es Zusammenrotungen gab, daß es Haß auf der Straße gab.« Hier die Wahrheit:

»Hase, Du bleibst hier!«

Nach langen Recherchen ist es dem Magazin *Tichys Einblick* gelungen, die 35jährige Urheberin des berühmten 19-Sekunden-Videos und ihren 38jährigen Ehemann (Kosenamen »Hase«) ausfindig zu machen und sich mit ihnen zu treffen. Aus Furcht vor der Antifa machten sie zur Bedingung, namentlich nicht genannt zu werden. Sie seien aber bereit, Ihre Aussagen eidesstattlich zu versichern.

»Hase«: »Vorausgegangen war eine böse Provokation gegen uns Trauernden durch zwei junge Migranten, die zunächst an der Bushaltestelle gestanden hatten und eigentlich aussahen wie wir.«

Seine Frau: »Sie waren aggressiv auf uns zugekommen und hatten uns angepöbelt und wohl auch, aber eben schwer verständlich, „Verpißt Euch“ gerufen. [...] Dann kam es zu einem körperlichen Kontakt mit den beiden, wobei einem unserer Freunde der Inhalt eines Bierbechers über seine Kleidung geschüttet wurde.«

Dann liefen die beiden weg und sie stoppte ihren Mann, der ihnen nachlaufen wollte, mit dem Ruf »Hase, Du bleibst hier!« und er kam folgsam zurück.

Das waren die »Hetzjagden« von Chemnitz!

des Landes und meiner Mitarbeiter nicht stattgefunden. Sie waren frei erfunden.

Ich habe bereits viel an deutscher Medienmanipulation und russischer Desinformation erlebt. Daß aber Politiker und Medien „Hetzjagden“ frei erfinden oder zumindest ungeprüft diese Falschinformation verbreiten, war für mich eine neue Qualität von Falschberichterstattung in Deutschland. Ich hatte mich in der darauffolgenden Woche gegenüber der „Bild-Zeitung“ in nur vier Sätzen dazu geäußert, indem ich klarstellte, daß es nach Erkenntnissen aller zuständigen Sicherheitsbehörden keine derartigen rechtsextremistischen „Hetzjagden“ gab.

Gegenüber den zuständigen Parlamentsausschüssen stellte ich in der folgenden Woche klar, daß ein Kampf gegen Rechtsextremismus es nicht rechtfertigt, rechtsextremistische Straftaten zu erfinden. Die Medien sowie grüne und linke Politiker, die sich durch mich bei ihrer Falschberichterstattung erlappt fühlten, forderten daraufhin meine Entlassung. Aus meiner Sicht war dies für linksradikale Kräfte in der SPD, die von vorneherein dagegen waren, eine Koalition mit der CDU/CSU einzugehen, der willkommenen Anlaß, um einen Bruch dieser Regierungskoalition zu provozieren. Da ich in Deutschland als Kritiker einer idealistischen, naiven und linken Ausländer- und Sicherheitspolitik bekannt bin, war dies für meine politischen Gegner und für einige Medien auch ein Anlaß, um mich aus meinem Amt zu drängen.

Aufgrund des schon erwähnten Beschlusses der drei Parteivorsitzenden werde ich mein Amt aufgeben, sobald ein Nachfolger bestimmt ist. Dies wird voraussichtlich in den nächsten Wochen der Fall sein. Bundesinnenminister Seehofer, der mich und meine Position in dieser politischen Auseinandersetzung sehr unterstützte und dafür selbst viel Kritik

von den Medien erfuhr, möchte mich als seinen Berater bei sich behalten. Ob und unter welchen Bedingungen dies stattfinden soll, wird im Einzelnen in den nächsten Wochen geklärt werden müssen. Jedenfalls kann ich mir auch ein Leben außerhalb des Staatsdienstes zum Beispiel in der Politik oder in der Wirtschaft vorstellen. Ich hätte nie gedacht, daß die Angst vor mir und vor der Wahrheit Teile der Politik und Medien in solche Panik und Hysterie versetzt, daß vier Sätze von mir ausreichend sind, um eine Regierungskrise in Deutschland auszulösen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es fällt mir schwer, mich nach sechs Jahren von Ihnen zu verabschieden. Ich habe diesem Kreis sehr gerne angehört und habe in allen Sitzungen und bei allen Gesprächen ein hohes Maß an Kollegialität und an Solidarität festgestellt. Ich habe festgestellt, daß wir die gleichen Ziele haben, die gleichen Werte teilen und gegen die gleichen Gegner von Freiheit und Demokratie kämpfen. Ich bin der Auffassung, daß wir in den letzten sechs Jahren viel erreicht haben. Viel auch für die Sicherheit meines Landes. Ich habe in den letzten Jahren viel Unterstützung von ihnen erfahren bei der Lösung unserer nationalen Sicherheitsprobleme und ich habe mich immer bemüht, Sie auch bei Ihrer Arbeit zu unterstützen, damit Ihre Länder und Europa sicherer werden.

Ich möchte Ihnen für all das danken. Danken möchte ich Ihnen auch für die vielen persönlichen und freundschaftlichen Momente, die ich erfahren durfte. Ich würde mich sehr freuen, auch nach dieser Zeit mit manch einem von Ihnen persönlich und privat in Kontakt bleiben zu können. Zuletzt möchte ich die Bitte äußern, daß Sie mit meinem Nachfolger die Zusammenarbeit in gleich intensiver Weise partnerschaftlich fortsetzen.

Danke für die Aufmerksamkeit!«

Hat dieser Staat seine Legitimation verloren?

Dieser Staat scheint weder in der Lage noch Willens, seine Bürger zu schützen und uneingeschränkt für ihr Wohlergehen einzutreten.

Stattdessen werden mit dem Migrationspakt neue Ungeheuerlichkeiten auf die deutsche Bevölkerung zukommen. So unbequem es für die Herrschenden auch sein mag, daß ein Teil der Bevölkerung ihnen bei der »Flüchtlingsfrage« auf die Finger schaut, haben sie dennoch genügend Spielräume, um fast unbeobachtet Fakten zu schaffen, die in ihrer Tragweite unabsehbar sind.

Deutschland wird systematisch deindustrialisiert und der Wohlstand vieler Millionen Bürger wissentlich aufs Spiel gesetzt. Unsere Kultur, unsere Werte, Sitten und Gebräuche werden verleugnet oder lächerlich gemacht. Das alles ist die Voraussetzung, wenn man ein »*einzigartiges Experiment*« durchführt.

»[...] daß wir hier (gemeint ist Deutschland) ein historisch einzigartiges Experiment wagen, und zwar eine monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. Das kann klappen. Es wird, glaub ich, auch klappen. Aber dabei kommt es natürlich auch zu vielen Verwerfungen.«

Yascha Mounk,
Politikwissenschaftler an der
Harvard Universität,
tagesthemen vom 20.2.2018

Wie werden immer mehr gegängelt und bevormundet

Weil die deutsche Autoindustrie demontiert werden soll, wird sie diffamiert. Statt Diesel sollen wir Elektroautos kaufen oder nur noch mit dem Rad fahren, oder noch besser, die umweltfreundlichen ausländischen Autos fahren. Wir dürfen nicht mehr rauchen, sollen weniger Fleisch essen, uns den Zuwanderern anpassen, die richtigen Parteien wählen, Heterosexualität als soziales Konstrukt begreifen, das Klima weltweit retten, dürfen aber nicht gegen die Islamisierung und Masseneinwanderung sein.

Wir sollen nach Aufforderung pünktlich beim Einwohnermeldeamt vorstellig werden, sollten keine Waffen besitzen und unsere Kinder zu ökologisch korrekten Genderwesen erziehen.

Mit enormen Geldmitteln energieeffizient bauen, fein säuberlich den Müll trennen und, zu guter Letzt, abweichende Meinungen ordnungsgemäß denunzieren. In einem Satz: Wir werden zu willenlosen Marionetten der »One-World«-Strategen.

Im Gegenzug soll der Bürger das Zusammenleben jeden Tag neu aushandeln – nicht ganz ungefährlich bei orientalischen Familien-Clans.

Die Justiz hat längst kapituliert!

Die Beeinflussung und Bedrohung von Zeugen, Polizisten, sogar von Richtern ist nichts Ungewöhnliches mehr. Einbruch, Diebstahl, Straßenraub, Körperverletzung, sexuelle Nötigung werden oft gar nicht mehr verfolgt bzw. die Ermittlungen gleich eingestellt oder mit Kleinstrafen auf Bewährung belegt.

Politische Justiz – die Krankheit unserer Zeit

Als die Herrschenden Flugblätter, Zeitungen und Bücher verboten, indizierten und einstampften, schwiegen alle Nichtbetroffenen; sie waren schließlich keine Verleger.

Als die Herrschenden sogar Musik und Lieder auf den Index setzten, schwiegen alle; sie waren ja schließlich keine Musiker.

Als die Herrschenden Andersdenkende bestrafen und einsperrten, Parteien, Verbände und Versammlungen verboten, schwiegen viele; sie waren ja nicht betroffen.

Als sie schließlich Betroffene wurden, weil sie im Vertrauen auf ihr Grundrecht der freien Meinungsäußerung dazu ihre Meinung sagten, gab es keinen mehr, der protestieren und ihnen helfen konnte.

Der Gebrauch der Meinungsfreiheit wird als »Volksverhetzung« dagegen immer öfter mit Haftstrafen über einem Jahr und ohne Bewährung geahndet. Selbst für das Nichtzahlen von Fernsehzwangsgebühren wurden schon Menschen eingesperrt. Und wehe, einer begleicht seine Steuern nicht.

Weitreichende Entscheidungen, wie der Ausstieg aus der Kernenergie, die Haftung für Schulden anderer EU-Staaten, die bedingungslose Öffnung der Grenzen für Zuwanderer, werden ohne Beteiligung des Parlaments und entgegen der bestehenden

Die müllsortierende Gesellschaft:

Ihre Sprache lassen sie verkommen.
Ihre Jugend lassen sie verkommen.
Ihre Kultur lassen sie verkommen.
Ihre Sitten lassen sie verkommen.
Ihr Land lassen sie verkommen.
Ihr Volk lassen sie verkommen.
Ihre ungeborenen Kinder
schmeißen sie in den Abfall.

Nur ihren Müll sortieren sie fein säuberlich!

Fühlen Sie sich in dieser Gesellschaft wohl?
Nein? Dann lesen Sie

Unabhängige Nachrichten

Motiv als Aufkleber erhältlich

Rechtslage von der Regierung einfach verfügt.

Die mittelalterliche, absolutistische Lehre des Islam soll per Dekret zu Deutschland gehören, daher gelten gesetzliche Verbote von Vielehen, von Kinderehen, von Körperverletzung (Beschneidung Minderjähriger) oder von Tierquälerei (betäubungsloses Schächten) faktisch nicht für die Anhänger dieser Lehre.

Dafür ist Deutschland heute weltweit in der Spitzengruppe der höchsten Steuer- und Abgabenquoten und der höchsten Stromkosten. Es hat eine Verschuldung von 2.000 Milliarden Euro, aber das geringste private Haushaltsvermögen aller Euro-Länder, einen der prozentual geringsten Rentenansprüche innerhalb der EU und ist derzeit Schauplatz einer bewußt herbeigeführten Masseneinwanderung in die Sozialsysteme. Nach vorsichtigen Schätzungen belaufen sich deren Kosten auf über 30 Milliarden Euro pro Jahr.

Verdienen statt Dienen

Für ihr Handeln Verantwortung zu übernehmen ist in unserer Demokratie, wie sie deutsche Politiker verstehen, völlig »aus der Mode« gekommen.

Wer als demokratisch gewählter Amtsträger keinerlei Nachteil erleidet, wenn er verheerende Entscheidungen trifft, außer daß er – unter Beibehaltung aller Pensi-

onsansprüche – abgewählt wird, hat keinen Anreiz, langfristig vernünftige Entscheidungen zu treffen. Er hat aber allen Anreiz, Wählerstimmen auf Kosten des Steuerzahlers zu kaufen.

Und jeder einzelne kann – ohne jegliche Haftung – per Abstimmung im Bundestag für eine dumme Idee votieren, die die Steuerzahler Milliarden kostet, ob die Bürger wollen oder nicht.

Die negativen Auswirkungen dieser Entkoppelung von Macht und Verantwortung sind mit ein Grund für den Unmut der Bürger.

Wenn sogar der Bundesrechnungshof von »*korruptionsgeneigten Strukturen*« z.B. im Zusammenhang mit der Beschaffung eines Konzertflügels durch den deutschen Botschafter *Walter Lindner* (SPD) während seiner Zeit in Südafrika spricht, weil dieser einen Konzertflügel der Firma *Schimmel* im Wert von über 52.000 Euro anschaffte – obwohl bereits ein einwandfreier Flügel der gleichen Firma in der Botschaft vorhanden war – kann man den Sumpf erahnen.

Links-grüner Irrsinn

Aber die Verschwendung und der Irrsinn kennen keine Grenzen: Neben den etwa 500 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten gibt es neuerdings einen »Antisemitismus-Beauftragten«. Dies beschloß der Deutsche Bundestag am 18.1.2018. Der Direktor des »Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien (MMZ)«, *Julius H. Schoeps*, fordert gleich 16 neue Antisemitismus-Beauftragte, also in jedem Bundesland einen.

Der links-grüne Irrsinn hat sich längst in allen Parteien und in großen Teilen der Bevölkerung eingenistet. Gängelung wird als Freiheit verkauft, Diffamierung als Suche nach der Wahrheit und Verfolgung Andersdenkender als notwendige Säuberung.

Das staatliche Gewaltmonopol sollte einen Ordnungsrahmen

schaffen, innerhalb dessen der Mensch sozial interagieren und friedlich Leistungen und Güter tauschen kann.

Das Bestehen von Sicherheit und festen Regeln macht es möglich, daß Menschen in großer Zahl mit- und nebeneinander leben können. Das funktioniert gut, soweit sich der Staat auf die Sicherung von Leib, Leben und Eigentum der Bürger beschränkt.

Über unsere Steuern und Zwangsabgaben finanzieren wir eine Politik, die sich gegen das eigene Volk richtet. Wenn ein Staat aber anfängt, Politik zu machen, also Ziele zu verfolgen, die nicht von allen gebilligt werden, dann mißbraucht er sein Gewaltmonopol, das ihm die Bürger eingeräumt haben, um in Frieden zu leben.

Dieser Staat wird seine Legitimation verlieren, wenn er der Fürsorgepflicht gegenüber seinen Bürgern in keiner Weise nachkommt!

»Es gehört zum Schwierigsten, was einem denkenden Menschen auferlegt werden kann, wissend unter Unwissenden den Ablauf eines historischen Prozesses miterleben zu müssen, dessen unausweichlicher Ausgang er längst mit Deutlichkeit kennt. Die Zeit des Irrtums der anderen, der falschen Hoffnungen, der blind begangenen Fehler wird dann sehr lang.«

*Karl Jakob Burckhardt,
Schweizer Diplomat, 1913-1996*

Nicht nur reden, sondern auch handeln!



Foto: Etelek Andor / CC BY-SA 4.0 (Ausschnitt)

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán

Wegen Verstoßes gegen die »EU-Grundwerte« leitete das EU-Parlament durch Zustimmung einer Mehrheit am 12.9.2018 ein Strafverfahren gegen Ungarn ein.

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán ist seit Jahren der »Buhmann« der EU, weil er genau das umsetzt, was alle Mitglieder wortreich fordern und nicht leisten: die Sicherung der Außengrenzen der EU.

Außerdem weigert sich Ungarn, eine Zwangsquote von Migranten aufzunehmen und beschränkt die Einflußnahme internationaler NGOs wie der des Herrn George Soros, der schon etliche Umstürze angezettelt hat.

Dazu hier seine Rede vor dem ungarischen Parlament am 17.9.2018 (Auszug):

»Im Mai 2019 wird es Wahlen zum Europäischen Parlament geben. Dann wird das Mandat der Mitglieder der Europäischen

Kommission ablaufen, und die gegenwärtige europäische Elite wird abtreten. Es ist auch schon höchste Zeit dafür. Sie waren nicht in der Lage, das Vereinigte Königreich innerhalb von Europa zu halten, und waren nicht in der Lage, die Migranten außerhalb Europas zu halten. Beides sind schwerwiegende, historische Fehler. Die Frage ist, was nach ihnen kommt.

Hierüber werden dann im Mai 2019 die Bürger Europas entscheiden. Es scheint, alles deutet darauf hin, daß die wichtigste Frage der Zukunft die Migration sein wird. Dementsprechend verteilen sich die politischen Kräfte in Europa in zwei Lager: in die Befürworter und die Gegner der Einwanderung. Dies ist heute wichtiger als die Parteiensympathien, deshalb überschreibt dies heute die traditionellen Parteistrukturen.

Unter den gegen die Einwanderung gerichteten Kräften tun sich

»Die Heimat ist ein Herzensanker«

»Zur Wahrheit gehört auch, daß wir nicht nur eine bürgerliche, sondern auch eine nationale Regierung sind.

Wenn in der heutigen Welt jemand über die Angelegenheit der Heimat spricht, so wird er häufig niedergeschrien: „Folklore“, „langweilig“, „Nostalgie“, „die Sentimentalität von in die Jahre gekommenen Herren“.

Aber ich möchte Ihnen deutlich sagen, daß dies zwar voll von überbordenden Gefühlen ist, aber nicht nur aus diesen besteht.

Die Heimat ist ein Herzensanker, den wir alle brauchen, und die Patrioten verdienen viel eher Anerkennung, daß sie wieder und immer wieder trotz aller Angriffe und trotz des Spotts diesen Anker auswerfen und uns wieder und immer wieder ins Gesicht sagen, daß die Heimat an erster Stelle steht.

Oder in moderner Ausgabe, amerikanisiert, Ungarn zuerst, Hungary first!«

Rede des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán zur Lage der Nation, 18.2.2018 (Auszug)

heute Italien, Österreich, Ungarn und Polen hervor. Wir sind noch mehr, doch die anderen sind noch nicht ins Scheinwerferlicht gerückt. Italien und Polen werden wegen ihrer Größe, Ungarn und Österreich wegen ihrer speziellen geographischen Lage beachtet. Diese vier Länder sind ständigen Angriffen ausgesetzt.

Es vergeht kein Tag in der europäischen Politik, daß nicht irgendjemand gegen unser Schienbein treten würde; die die Einwanderung befürwortenden Brüsseler Bürokraten und auch die die Einwanderung befürwortenden nationalen Regierungen greifen an.

Diese vier Länder werden aus den Schützengräben des Soroschen Netzwerkes attackiert und auch durch die globale Elite, die sich den europäischen Bevölkerungsaustausch so schön und ausführlich in der Hoffnung ausgedacht hat, damit die Nationalstaaten und die auf christlicher Grundlage stehenden Parteien zu schwächen, damit sie, damit die globale Elite die Leitung der Europäischen Union und so auch der europäischen Nationen übernehmen kann. Sie wollen Ungarn und Polen durch Rechtsstaatsverfahren genannte Brüsseler Strafaktionen schwächen, in Italien wollen sie den eine Schlüsselrolle spielenden Innenminister entfernen, und gegen Österreich wenden sie die Gravitationskraft der politischen Masse an. [...]

Meiner Überzeugung nach sind die Einwanderung und die Migranteninvasion keine Parteienfrage, sondern eine nationale Angelegenheit erster Ordnung, die über den politischen Erwägungen steht. Deshalb ist Ungarn mit jeder die Einwanderung ablehnenden Regierung solidarisch, ganz gleich wie ihre Parteienzusammensetzung auch aussehen möge. Ich möchte klarstellen, daß auch sie auf uns vertrauen können. [...]

Ungarn zeigt einem jeden gegenüber Respekt. Manchmal habe

ich das Gefühl, auch denen, denen man ihn nicht zollen müßte. Doch bei allem Respekt kann man diesen Bericht nur als eine absurde Sammlung von Lügen bezeichnen. Die Art und Weise, wie er angenommen worden ist, verletzt – selbst für einen Studenten der Rechtswissenschaften deutlich erkennbar – die Grundurkunde der EU, das heißt sie wollen wegen der vermuteten Mängel in der Rechtsstaatlichkeit gegen einen Mitgliedsstaat auf die Weise ein Verfahren einleiten, daß sie selbst auf die elementarsten rechtsstaatlichen Regeln pfeifen. [...]

Ich möchte klares Wasser ins Glas einschenken, ich möchte Klartext reden. Meines Erachtens wird Ungarn angegriffen, weil die ungarischen Menschen entschieden haben, daß wir zu keinem Einwanderungsland werden. [...]

Zwei Schlachten haben wir bereits erfolgreich geschlagen. Die erste als die erste große Welle der illegalen Migranten Europa erreicht hatte. Erinnern wir uns nur, 2015 hatte Brüssel die Hände in die Luft erhoben, und wir konnten die eine und die andere Litanei darüber hören, daß die illegale Einwanderung nicht aufgehalten werden kann. Da haben wir, indem wir den Zaun errichteten, mit Taten bewiesen, daß man das sehr wohl kann, wenn es den Willen und die Entschlossenheit dazu gibt. Die zweite Schlacht ist im Zusammenhang mit der Quote ausgebrochen. Viele Millionen Ungarn haben ihren übereinstimmenden Willen deklariert, und wir haben deutlich gemacht, daß Ungarn nichts von der verpflichtenden Ansiedlungsquote wissen will, und damit waren wir nicht allein. Die Folge unseres eindeutigen Engagements war, daß immer mehr europäische Mitgliedsstaaten unseren Standpunkt teilen. [...]

Wir haben unsere Grenzen verteidigt, und haben deutlich gemacht, daß wir darüber entschei-

den, mit wem wir zusammenleben wollen und mit wem nicht. Soweit ich sehe, ist den Anhängern der Einwanderung eine einzige Lösung geblieben: Sie wollen Ungarn sein Recht auf den Schutz seiner Grenze wegnehmen. Den Vorschlag hierüber werden wir in dieser Woche in Salzburg mit den Ministerpräsidenten besprechen. Ich möchte meinen Standpunkt darlegen, laut dem es begrüßenswert ist, daß die Europäische Union ihren Blick statt der Quoten endlich auf den Grenzschutz richtet. Richtig ist auch, wenn wir den Schutz unserer Grenzen verstärken. Richtig ist auch, wenn jene, die nicht stark genug sind, um ihre Grenze zu verteidigen, Hilfe erhalten. Doch ist es nicht richtig, wenn man uns das Recht zum Schutz der Grenze wegnehmen und wenn an unserer Stelle Brüssel den Schutz der ungarischen Grenze leiten will. [...]

Seit der Einwanderungskrise verschlechtert sich in Europa die öffentliche Sicherheit. Dies ist eine Tatsache. Seit dem Beginn der Migrationskrise hatten in Europa laut den offiziellen Daten die, einen mit der Migration in Zusammenhang stehenden Hintergrund besitzenden Terrorangriffe 347 Todesopfer. Diese Täter sind nach Europa hineingelangt, sie werden auch in Zukunft nach Europa hineingelangen wollen. Ungarn hat bewiesen, daß es in der Lage ist, seine Grenzen zu verteidigen. Ein jeder konnte sehen, daß wir nicht nur reden, sondern auch handeln. Wohl kaum kann irgendwer bezweifeln, daß wir in dieser Frage und hinsichtlich dieser Aufgabe kompetent sind. Wir verstehen uns besser auf den Grenzschutz als sonst jemand anderes in Brüssel oder in irgendeiner internationalen Organisation. Deshalb verzichten wir nicht auf das Recht des Grenzschutzes, wir lassen nicht zu, daß irgendjemand auch nur ein Jota vom Recht des Grenzschutzes wegnimmt.«

Liebe Leser, ganz privat:

Drei Freundinnen lernen Sprachen

»Ich lerne jetzt englisch«, sagt die eine. Warum? »Ich will auswandern nach Südafrika«.

Die zweite: »Ich lerne spanisch – ich will mir auf Mallorca einen Job suchen«.

Ich habe es wohl am schwersten, meint die Dritte: »Ich lerne türkisch!« Warum das? »Ich will in Deutschland bleiben!«

Galgenhumor

Was ist der Unterschied zwischen einem Schrottplatzbesitzer und der Bundeswehr?

Der Schrottplatzbesitzer zahlt Steuergelder, die Bundeswehr kassiert Steuergelder.

Humor ist, wenn man trotzdem lacht:

Eine Schülergruppe geht am Wandertag durch den Wald. Die junge Lehrerin macht die Mädchen und Jungen auf besondere Lebensformen der Pflanzen und Tierwelt aufmerksam.

Da huscht ein kleines braunes Tier durch das Unterholz. »Was war das wohl?«, fragt die Lehrerin. Keine Antwort, alle ratlos.

»Worüber haben wir denn die ganze Woche ausführlich und immer wieder gesprochen?«, fragt ärgerlich die Lehrerin.

Eine Denkpause – dann meldet sich Mäxchen: »War das wohl Adolf Hitler?«

Vergeßlichkeit hat auch ihre guten Seiten!

»Eigentlich geht's mir gut, auch wenn ich altersgemäß manchmal zum Hausarzt gehen muß, neulich zur Grippeimpfung. Aber bei Wartezeiten bemerke ich manchmal eine seltsame Vergeßlichkeit; hoffentlich nicht Anzeichen einer Demenz?«

Regelmäßig lese ich im Wartezimmer die UN, und regelmäßig vergesse ich sie mitzunehmen, wenn ich gehe. Hoffentlich kein schlimmes Zeichen! – Beste Grüße, Ihr Alois F.«

PROST NEUJAHR, LIEBE UN-LESER!

Ihre UN-Mitarbeiter

Sie können für Kosten- und/oder Spendenbeiträge auch Ihre eigenen Vordrucke oder die Ihrer Hausbank

verwenden. Setzen Sie dann einfach nachstehende Bankverbindung in die vorgegebenen Felder ein. Unsere

Leser außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bitten wir, landesspezifische Vordrucke zu verwenden.

Beleg für Kontoinhaber/Zahler-Quittung

Konto-Nr. des Kontoinhabers

Zahlungsempfänger
FREUNDESKR. UN E.V.

IBAN
DE75 1001 0010 0636 5391 01

BIC
PBNKDEFFXXX

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer/Verwendungszweck
ADR.-NR.:

WOHNORT:

Kontoinhaber/Zahler: Name

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

F R E U N D E S K R . U N E . V .

IBAN

D E 7 5 1 0 0 1 0 0 1 0 0 6 3 6 5 3 9 1 0 1

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

P B N K D E F F X X X

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers

A D R . - N R . :

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

W O H N O R T :

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

D E

08

Datum

Unterschrift(en)

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

»Es drängt sich der Verdacht auf, als sei in diesem Lande der kollektive, parteiübergreifende, galoppierende Rinderwahn ausgebrochen.«

Stefan Aust, Herausgeber
Die Welt, in Die Welt kompakt,
17.9.2018, zur Flüchtlingspolitik
und den angeblichen
»Hetzjagden« in Chemnitz

Frust über die Regierung?

Gemeinsames Singen hilft und hebt die Stimmung! Ernsthaft, kein Silvesterschertz!

650.000 Euro wird laut Steuerzahlerbund eine Singe-Kampagne kosten, die das Bundesministerium für Bildung und Forschung im »Wissenschaftsjahr 2018« gestartet hat.

Wissenschaftler hätten herausgefunden, daß gemeinsames Singen für den Teamgeist, das Betriebsklima und die Gesundheit förderlich sei.

Daß man für diese Erkenntnis Wissenschaftler, vom Ministerium bezahlte Umfragen und Gutachten braucht, versteht kein normaler Mensch.

»Schnappt euch eure Lieblingskolleginnen [...] und singt zusammen einen Song, der zu euch und eurer Arbeit paßt [...].«

Mit diesem Aufruf wendet sich das Ministerium der Frau Karliczek an die Mitarbeiter in Betrieben, Büros und Werkhallen.

Bundesweit werden »Arbeits-Teams« aufgerufen, gemeinsam zu singen. Für einen Wettbewerb sollen Aufnahmen eingereicht werden, als Preise winken u.a. Betriebsausflüge.

Wir wüßten einen Song gegen den Frust über den Politikbetrieb: **»Atemlos durch die Nacht, in die uns Frau Merkel gebracht ...!«**

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

- Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).
- Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.
- Ich bitte um Zusendung von _____ Ex. der UN-Ausgabe Nr. _____ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).
- Einen Kostenbeitrag in Höhe von _____ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name/Anschrift: _____

Jahrgang: _____ Telefon: _____ (für Rückfragen)

Einwilligungserklärung zur Datenspeicherung und -weitergabe

Die angegebenen personenbezogenen Daten, die allein zum Zwecke der Ausführung der Bestellung notwendig und erforderlich sind, werden auf Grundlage gesetzlicher Berechtigungen erhoben.

Mit meiner Unterschrift bin ich damit einverstanden, daß meine Daten zum Zwecke der Ausführung an Dritte (Versanddienstleister, Post- und Paketdienste) weitergeben werden.

Meine Einwilligung zur Datenspeicherung und -weitergabe kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft abändern oder gänzlich widerrufen.

Datum: _____ Unterschrift: _____

ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten
Postfach 101706
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32
Telefax: 0208 - 84 87 057
E-Post: info@un-nachrichten.de

Bankverbindung:

FK UN e.V.
IBAN: DE75 1001 0010 0636 5391 01
BIC: PBNKDEFF

Internet:

www.un-nachrichten.de
www.fb.com/UN.Nachrichten

Impressum:

Herausgeber: Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

verantw. Schriftleiter: Annette Kruse

Für unverlangt eingesandte Zuschriften wird keine Haftung übernommen!

Kein gewerbliches Unternehmen. Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

Alle redaktionellen Texte dieser Ausgabe stehen, soweit nicht anders gekennzeichnet, unter der »Creative-Commons«-Lizenz CC BY-NC 4.0 und dürfen damit weiterverwendet werden.
creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/